

Armut ist eine Gefahr

Zu: „Let's talk about tax“, FR-Wirtschaft vom 23. Juli

In dem Beitrag wird sehr gut und einleuchtend auf die Gefahren für Zusammenhalt und Demokratie hingewiesen, „wenn sich Geld und Macht in den Händen weniger ballen und Armut sich bis in die Mitte ausbreitet“.

Die Gruppe von Millionären aus Deutschland und Österreich, die eine höhere Besteuerung von Vermögenden fordern (#TaxMeNow), hat vermutlich die Gefahren der weiteren Konzentration von Reichtum auf Kosten anderer erkannt. Es ist erstaunlich, wie das kontinuierliche Streben nach Reichtum trotz aller Krisen und Katastrophen anhält und die Schere von Armut und Reichtum auf nationaler und globaler Ebene immer mehr auseinandergeht.

Wann verstehen die Vermögenden, dass die soziale Gerechtigkeit, die Bekämpfung der Armut (auch durch Steuererhöhungen) in ihrem ureigenen Interesse liegt, weil die Armut auf globaler Ebene eine große Gefahr für den Frieden ist und auf nationaler Ebene nicht nur die Demokratie gefährdet, sondern auch den gesellschaftlichen Frieden und den Zusammenhalt?

Wir alle müssen verstehen, dass wir, insbesondere unsere Nachkommen, nur dann in Frieden und Sicherheit leben können, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter besteht und wenn es hinsichtlich der globalen sozialen Gerechtigkeit Fortschritte gibt. Diese Ziele anzustreben ist für unsere Kinder und Enkelkinder viel wichtiger und effektiver als das, was sie erleben werden. Die Verhinderung der weiteren Verarmung und ihre Bekämpfung ist also nicht nur ein Zeichen der „Nächstenliebe“ und Solidarität mit arm Gemachten, sondern auch eine Notwendigkeit im ureigenen Interesse der gut Betuchten und ihren Nachkommen.

Yousif S. Toma, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/branson

Hauen und Stechen

Zu: „Volt mit unerwartetem Personalwechsel“, FR-Regional vom 15. Juli

Jetzt geht das Hauen und Stechen um die Pöstchen auch bei Volt los. Da hatte ich, ebenso wie einige meiner Bekannten, gehofft, dass jemand mit informatischem Grundwissen im Magistrat sitzt.

Es bestand die Hoffnung, dass Everwien, der nicht WAN und W-LAN verwechselt und der auch weiß, dass ein Browser keine Suchmaschine ist, in der Stadtpolitik ein Wort mitreden würde. Leider wird jetzt O'Sullivan Dezerentin für Digitalisierung, bei der ich beim besten Willen nicht erkennen kann, dass sie die erforderliche Sachkenntnis mitbringt. Axel Stolzenwaldt, Königstein



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210726

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Deutschland und seine Waffenexporte“. Mit Sevim Dagdelen (Linke, MdB), Matthias Zimmer (CDU, MdB), Michael Erhardt (IG Metall) und Alexander Lurz (Greenpeace). Es gibt 30 Sitzplätze. Die Zahl der Stehplätze ist nicht begrenzt, die Gäste müssen aber ausreichend Abstand zueinander halten.
Freitag, 30. Juli, 19 Uhr
Nizza-Ufer vor dem Greenpeace-Schiff, Frankfurt

Der soziale Aspekt ist den meisten wurscht

Impfpflicht: „Pflicht und Freiheit“, FR-Meinung vom 27. Juli

Die Dekadenz der Wohlstandsgesellschaft

Gerade hat die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie in einer Pressemitteilung davor gewarnt, dass das schleppende Impftempo mit zunehmender Gefahr für chronisch (Herz-) Kranke einhergeht. Seit Wochen stagniert die Quote der vollständig Geimpften bei knapp 50 Prozent, Impfmüdigkeit macht sich breit. War zu Beginn der Maßnahmen mit holprigem Start schnell von Impfdesaster die Rede, gab es sogar Impfdränger, haben wir mittlerweile offenbar die gegenteilige Situation.

Man muss sich dabei nur in Erinnerung rufen, dass vor etwa einem Jahr noch kaum jemand für möglich gehalten hätte, dass es schon bald wirksame Stoffe geben würde. Mittlerweile gibt es mehr Vakzine, als verbraucht werden, und es droht sogar das Szenario, dass, auch wegen bürokratischer Hemmnisse, Unmengen davon verfallen und weggeworfen werden, während anderswo dringender Bedarf herrscht. Das kann man kaum glauben, ist aber im Prinzip nicht neu. So verhält es sich ja auch mit Nahrungsmitteln schon seit Jahren.

Hier zeigt sich erneut eine schon Dekadenz zu nennende Eigenschaft der Wohlstandsgesellschaft. Allen Ernstes überlegt man sogar, ob man die Menschen nicht mit Boni in Form von Bargeld zum Impfen bewegen sollte. Geht's noch? Es gibt niedrigschwellige Angebote, man muss nur seinen Allerwertesten dahin bewegen. Selbst das scheint einigen aber kaum zumutbar. Das ist so ähnlich wie die alltägliche Vermüllung der Zeil (s. entsprechender FR-Artikel), die nur deswegen zustande kommt, weil ein Großteil der Besucher es anscheinend für unzumutbar hält die wenigen Meter zum nächsten Mülleimer zu gehen und die leere Pizzaschachtel stattdessen einfach liegenlässt.

Abgesehen von Impfverweigerern, denen man auch mit noch so viel Aufklärung nicht beikommen wird, geht es lediglich darum, ein kostenloses Impfangebot anzunehmen, wobei es sich ja nicht wie z.B. bei einer Tetanus-Impfung um eine rein individuelle Entscheidung handelt. Aber gerade darin liegt das Problem. Der soziale Aspekt dabei ist den meisten völlig wurscht. Die Lösung kann nur sein, Geimpften mehr Rechte zuzugestehen und Impfverweigerer damit indirekt zu sanktionieren. Nur mit Einsicht und Appellen erreicht man einen großen Teil unserer Gesellschaft eben leider nicht. Es ist nur zu befürchten, dass kurz vor den Wahlen kein Politiker potenziellen Wählern weh tun will und unliebsame aber notwendige Maßnahmen deswegen umschifft werden. Das ist die eine Seite. Die andere sehr viel schwerer wiegende ist die sich in dieser Misere zeigende Grundhaltung, eines zunehmenden Egoismus und Fehlens sozialen Verantwortungsgefühls. Dr. Harald Reinemer, Bad Vilbel

Es gibt so einiges, was widersinnig ist

Da ich voll geimpft bin, habe ich vielleicht gut reden. Ich bin nach wie vor gegen eine Impfpflicht, da dies ein Eingriff in den Körper ist. Allerdings lehne ich wie auch immer geartete, sogenannte Impfanreize ab.

Der größte Anreiz ist die Verringerung der schweren Erkrankung, also der Eigenschutz. Die Debatte, nicht geimpften Menschen bestimmte Teilnahmen zu verweigern, kommt zu einer Zeit, in der noch nicht einmal 50 Prozent der Impffähigen vollständig geimpft sind. Aber zu einem entsprechenden Zeitpunkt, wenn z.B. 75 Prozent geimpft sind, ließe sich durchaus darüber nachdenken. Dabei stellt sich aber auch die Frage: Was halten Vollgeimpfte davon, mit Nichtgeimpften in einem Raum zu sein, da ja auch geimpfte Per-

sonen angesteckt werden können? Hier sind gegebenenfalls auch die Betreiber von Restaurants, Kinos, Bars etc. gefragt.

Staatlich verordnete Teilnahmeverbote darf es nicht geben. Hier kann es der „Markt“ regeln. Wenn die Kundschaft mit nichtgeimpften Personen nicht zusammen sein will, muss der Betreiber dies abwägen. Widersinnig ist auf der einen Seite, über ein Teilnahmeverbot zu diskutieren, und gleichzeitig für öffentliche und private Bereiche die Testpflicht abzuschaffen, unabhängig davon, welche Aussagekraft die Schnelltests überhaupt haben. Und: Es ist Wahlkampfzeit, da bringen sich die diversen Positionen in Stellung. Die Pandemie und der Umgang damit sollten allerdings kein Wahlkampfthema sein. Bei der Bundestagswahl geht es um andere Themen für die Zukunft. Ich rate zur Zurückhaltung, um die laufenden Kampagnen nicht zu torpedieren.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Warum soll die Gesellschaft die Konsequenzen tragen?

Auch wenn ich jedem seinen Urlaub gönne, auch denen, die trotz der Umstände der vergangenen Jahre unbedingt ins Ausland reisten, kann es nicht sein, dass die Gesellschaft die Konsequenzen tragen muss. Eine Testpflicht auf eigene Kosten muss der Urlauber/in berappen und nicht die Steuerzahler. Aber wie überwachen? Die Bundespolizei wäre mit der Überwachung überfordert. Mein Vorschlag: Jeder Arbeitgeber verlangt vor Aufnahme der Tätigkeit einen negativen PCR-Test. Desgleichen gilt auch für Betreuungseinrichtungen wie Schulen und Kitas usw. Damit wird das Schließen von Bildungseinrichtungen, Einschränkungen im öffentlichen Leben und Schäden in der Wirtschaft vermieden.

Carmen Horstmann via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/lf-20210716

Hängen wir am Tropf Russlands?

Nord Stream 2: „Pipeline-Deal enttäuscht“, FR-Politik vom 23. Juli

Scharf geißeln Gegner von Nord Stream 2 die Übereinkunft Merkels mit Biden zum Durchbruch für das Projekt. Ein geostrategisches Desaster, an dem Europas Sicherheitspolitik zerbrechen, die Ukraine den Launen Putins ausgeliefert und vor allem Deutschland der (Un-) Gnade russischer Gaslieferungen überantwortet wird. So ihre Befürchtung. Allerdings, im Ablehnungsfall der Pipeline durch die USA hätte sich wahrscheinlich die BRD nicht nur als gehorsamer Vasall der geostrategischen Interessen der USA erwiesen – sehr peinlich nach all den tönenden Reden unseres Außenministers –, sondern sich auch noch dem giftigen Angebot der USA beugen müssen, ersatzweise aus Schiefer gepresstes Öl zu importieren. Gleich viel, Hauptsache das hässliche Bild eines

Deutschlands prägt sich ein, das am Tropf der Russen hängt, die nach Belieben und unter Bruch der Verträge das lebensnotwendige Infusionsgerät für Energie abzustellen bereit sind.

In dem bedrohlichen Schreckensbild der Gegner der Pipeline wiederholt man fast wörtlich, was Politiker Polens und der Ukraine in einer gemeinsamen Note zu Nord Stream 2 gesagt haben, um den Preis beim Geschacher zu erhöhen. Ist auch gelungen. Als Ausgleichsmaßnahmen u.a. auf dem Gebiet der Produktion soll künftig statt russischem Gas der neue Energieträger Wasserstoff transportiert werden. Für die notwendige Infrastruktur gibt die BRD eine Anschubfinanzierung aus Steuergeldern.

Bezahlen müssen Stromkunden übrigens auch den teuersten

und gefährlichsten Strom aller Zeiten, viele Tausende übrigens mit ihrem Leben: den Strom aus Atommeilern. Aus der Sicht von Befürwortern ist er „überstürzt“, aus der Sicht von Umweltschützern viel zu spät auf Abschalten gestellt worden. In Tschernobyl dringen noch heute aus immer neuen Rissen im Betonmantel Strahlungen der Kettenreaktion des Brennstoffs, im zerstörten Meiler Fukushimas müssen die hochbelasteten Wassermengen, da alle Tanks gefüllt sind, jetzt in das Meer geleitet werden. Was wäre geschehen, wenn bei den verheerenden Hochflutereignissen der letzten Tage ein Kernkraftwerk getroffen worden wäre? Wie in Fukushima. Ausgeschlossen, haben die Befürworter gesagt. Sie sind eines Besseren belehrt worden.

Jörg Sternberg, Hanau